Heute mit 8 Seiten extra jW Wochenendbeilage »faulheit & arbeit«

DIE TAGESZEITUNG

junge Welt

OLIVER BERG/DPA

»Lebensqualität muss in den Mittelpunkt unseres Daseins«

Gespräch mit Ingo Froböse. Über Menschen, die ihren Hintern nicht hochkriegen, ein Gesundheitssystem, das Krankheit fördert, und den Verlust der Körperlichkeit

» ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · **SA./SO., 18./19. AUGUST 2018, NR. 191** · 2,10 EURO (DE), 2,30 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Riskantes Spiel
USA versuchen durch Wirtschaftskrieg, die Türkei auf Linie zu bringen. Das aber könnte scheitern
3

Rechtes Idol
Verehrer von Rudolf Heß wollen durch Berliner Bezirk marschieren. Breiter Widerstand angekündigt
4

Höheres Niveau
Alfred Kosing hat ein Buch über den marxistischen Epochenbegriff verfasst. Von Arnold Schölzel
10

Private Interessen
Konzerne und Politik wollen öffentlich-rechtlichen Rundfunk schwächen. Von Gert Hautsch
12

DAVID MDZINARISHVILI/REUTERS

Endlich wieder Ostfront

NATO-Großmanöver in Norwegen: Üben für den Krieg gegen Russland. Bundeswehr kommandiert »Speerspitze«. **Von Jörg Kronauer**

Deutscher Soldat bei der Auftaktzeremonie zum NATO-Manöver »Noble Partner 2018« am 1. August in Georgien

Es soll eine Kriegsübung der Superlative werden: Vom 25. Oktober bis 7. November will die NATO in Norwegen das Großmanöver »Trident Juncture 2018« abhalten. Mit mehr als 40.000 teilnehmenden Soldaten wird es das größte oder zweitgrößte NATO-Manöver seit 1990 sein. Die Bundeswehr stellt mit rund 8.000 Uniformierten eines der größten Kontingente. Beteiligt sind sämtliche NATO-Mitglieder plus die offiziell immer noch neutralen, informell freilich längst in das westliche Kriegsbündnis eingebundenen Staaten Finnland und Schweden. Und: »Trident Juncture 2018« findet in einem der fünf NATO-Staaten statt, die eine Landgrenze mit Russland haben. Wie das Kriegsbündnis mitteilte, liegt der Übung ein »Artikel-5-Szenario« zugrunde – die Annahme, so hat es US-Admiral James G. Foggo erläutert, dass »die Souveränität des Verbündeten Norwegen verletzt« wird und die NATO darauf militärisch reagiert. Nach Lage der Dinge liefe dies auf einen Krieg gegen Russland hinaus. Foggo ist Kommandeur des Joint Force Command in Neapel und wird das Manöver leiten.

Für die Bundeswehr hat das Manöver besondere Bedeutung, weil es der abschließende große Test für die NATO-»Speerspitze« des Jahres 2019 ist. Die »Speerspitze«, eine besonders schnell einsetzbare Eingreiftruppe (»Very High Readiness Joint Task Force«, VJTF) mit mittlerweile bis zu 8.000 Soldaten, wird im kommenden Jahr von der Bundeswehr geführt. Theoretisch soll sie überall auf der Welt operieren können; praktisch ist sie auf eine mögliche Eskalation des Machtkampfs gegen Russland fokussiert. Das zeigt die Tatsache, dass die NATO in acht Staaten Ost- und Südosteuropas in größtmöglicher Nähe zur russischen Grenze Minihauptquartiere eingerichtet hat, die blitzschnelle Interventionen der VJTF ermöglichen sollen. Entsprechend ihrer Aufgaben in der VJTF wird die Bundeswehr mit 30 Kampfpanzern vom Typ »Leopard 2«, 75 Schützenpanzern der Modelle »Marder« und »Boxer« sowie zehn Panzerhaubitzen 2000 nach Norwegen reisen. »Trident Juncture« treibt die Zahl der deutschen Soldaten, die dieses Jahr an multinationalen Kriegsübungen teilnehmen, auf den Rekordwert von ungefähr 12.000, dreimal so viel wie 2017. Die Kosten für Berlin werden auf 90 Millionen Euro geschätzt. Und am 1. Januar 2019 übernehmen die deutschen Streitkräfte dann die Führung der VJTF, die im Falle eines Krieges mit Russland als erste NATO-Einheit an die Front entsandt würde.

»Trident Juncture 2018« steht auch im Zusammenhang mit diversen anderen gegen Russland gerichteten Großmanövern der NATO und ihrer Mitgliedstaaten. So ist im Juni in der Ostsee mit rund 5.000 Soldaten, darunter Einheiten der deutschen Marine, das Manöver »Baltops 2018« durchgeführt worden. Ebenfalls im Juni hat mit rund 18.000 Militärs, darunter ebenfalls deutsche, die Kriegsübung »Saber Strike 2018« stattgefunden. Beide Übungen zielten darauf ab, die Kriegsfähigkeit der NATO im Ostseeraum zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuweiten. Im Juli gab es mit »Sea Breeze 2018« ein Manöver mit rund 3.000 Soldaten im Schwarzen Meer, Anfang August mit »Noble Partner 2018« eines mit ebenfalls gut 3.000 Teilnehmern – darunter Angehörigen der Bundeswehr – in Georgien. Anfang September werden sich deutsche Soldaten an dem US-geführten Manöver »Rapid Trident 2018« beteiligen, das mit rund 2.300 Militärs in der Nähe der westukrainischen Stadt Lviv abgehalten werden soll.

Neuestes Rücknahmeabkommen

Regierungen in Berlin und Athen einig über Abschiebungen bereits anderswo registrierter Asylbewerber

Nach dem jüngsten Abkommen zur Regulierung von Abschiebungen mit der spanischen Zentralregierung hat sich die deutsche Bundesregierung auch mit Athen auf eine Vereinbarung zur Rücknahme von bereits registrierten Asylbewerbern geeinigt. »Der Abschluss steht unmittelbar bevor«, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums am Freitag in Berlin. Es fehle lediglich ein letzter Briefwechsel. Die Einigung sei bereits am Donnerstag abend erzielt worden. Über Einzelheiten und mögliche Gegenleistungen sagte die Sprecherin nichts. Auch die Verhandlungen mit Italien über das geplante Migrationsabkommen seien »sehr weit fortgeschritten«, beide Seiten führten Gespräche auf Ministerebene. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte angekündigt, sich bei Bedarf auch selbst in die Gespräche mit der italienischen Regierung einzuschalten.

Auch bei der Vereinbarung mit Athen geht es um Menschen, die an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen werden, aber bereits in Griechenland einen Asylantrag gestellt haben. Sie sollen nun ebenfalls innerhalb von 48 Stunden zurückgewiesen werden können.

In der vergangenen Woche war als erste eine Migrationsvereinbarung mit Spanien in Kraft getreten. Diese sieht vor, dass die deutsche Behörden binnen 48 Stunden Migranten, die schon in Spanien Asyl beantragt haben, dorthin zurückschicken können.

Ursprünglich hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) Ende Juli oder Anfang August Klarheit über die geplanten Abkommen gewinnen wollen. Als Konsequenz aus dem Asylstreit zwischen CDU und CSU hatte er eine Serie von bilateralen Vereinbarungen angekündigt. Merkel hatte darüber am Rande des EU-Gipfels Ende Juli in Brüssel mit mehreren anderen Regierungschefs gesprochen.

Für den Fall, dass die Gespräche scheitern, hatte Seehofer gedroht, im Alleingang an den Grenzen Migranten zurückzuweisen, die bereits in anderen EU-Staaten einen Asylantrag gestellt haben. Zu möglichen Gegenleistungen sagte er, Griechenland und Italien wollten, dass die BRD andere Flüchtlinge aus den Ländern übernehme. (dpa/jW)

UZ-Pressefest
7. bis 9.9.2018, Dortmund
Das Programm von *junge Welt* und *Melodie & Rhythmus* im *jW*-Zelt als Flyer in der heutigen Ausgabe!

Merkel offen für Syrien-Gipfel ohne die USA

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich offen für ein Treffen mit den Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Türkei zum weiteren Vorgehen im Syrien-Konflikt gezeigt. Es gebe bereits Formate, die sich mit dem Versuch der Beendigung des Krieges beschäftigen, sagte Merkel am Freitag in Berlin unter Verweis etwa auf die Astana-Gespräche zwischen der Türkei, Russland und dem Iran. »Nichtsdestotrotz kann ein Treffen Deutschland, Frankreich, Türkei und Russland sinnvoll sein«, sagte Merkel zu einem entsprechenden Vorstoß des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Es müsse aber sehr gut vorbereitet sein. An den bestehenden Formaten, zu denen auch die »Small group« unter anderem mit Deutschland und den USA gehört, ändere ein Vierertreffen ohnehin nichts, betonte Merkel. (Reuters/jW)

UN: Brasilien soll Lula Rechte garantieren

Genf. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat Brasiliens Regierung am Freitag aufgefordert sicherzustellen, dass der seit April in Haft befindliche frühere Staatschef Luiz Inácio Lula da Silva seine politischen Rechte als Präsidentschaftskandidat in vollem Umfang ausüben kann. In seiner Stellungnahme zu einer Eingabe der Anwälte des Politikers der Arbeiterpartei (PT) vom 27.7.2018 sieht das Gremium die Gefahr einer Verletzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte zum Nachteil von Lula da Silva.

Die brasilianische Exekutive wird aufgefordert, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, »einschließlich eines angemessenen Zugangs zu den Medien und zu Mitgliedern seiner Partei«. Eine Verhinderung der Kandidatur von Lula zu den Wahlen 2018 vor einem abschließenden Urteil »in einem fairen juristischen Verfahren« habe zu unterbleiben. (pst)

■ Siehe *jW*-Wochenendbeilage

jW wird herausgegeben von **2.119 Genossinnen und Genossen** (Stand 14.8.2018)
■ www.jungewelt.de/lpg

4 198625 902109 60033